

Satzung zur Änderung der

„Satzung für den Wirtschafts- und Servicebetrieb der Stadt Pirmasens (WSP)“

Der Stadtrat der Stadt Pirmasens hat am 22.05.2023 aufgrund von

§ 25 Abs. 1 in Verbindung mit § 24 Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153)

folgende Änderung als Satzung beschlossen:

§ 1

Die §§ 4 und 6 werden wie folgt geändert:

§ 4 Zuständigkeit des Stadtrats

- (1) Der Stadtrat beschließt über alle Angelegenheiten, die ihm durch die Gemeindeordnung und die Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung vorbehalten und die nicht übertragen sind, insbesondere über
- a) Bestellung des Werkausschusses und seiner Mitglieder.
 - b) die Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes.
 - c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Jahresgewinns oder die Behandlung eines Verlustes.
 - d) die Bestellung der Abschlussprüferin oder des Abschlussprüfers.
 - e) die Zustimmung zur Bestellung der Werkleitung.
 - f) den Abschluss von Verträgen, die die gemeindliche Haushaltswirtschaft erheblich belasten.
 - g) die Aufstockung und Rückzahlung von Stammkapital.
 - h) die Betriebssatzung und die sonstigen den Betriebszweck berührenden Satzungen.
 - i) die Gewährung von Darlehen und Bürgschaften in Höhe von über 70.000,00 EUR.
 - j) die Verfügung über Gemeindevermögen im Wert von über 650.000,00 EUR.
 - k) Bauvorhaben im Wert von über 650.000,00 EUR.
 - l) Vergabeermächtigungen von über 650.000,00 EUR.
 - m) ~~H~~ wesentliche Änderungen des Betriebsumfangs des Eigenbetriebs.

(...)

§ 6 Zuständigkeit des Werkausschusses

(...)

(3) Insbesondere entscheidet er über

- a) die Grundsätze für die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung sowie die Festsetzung allgemeiner Bedingungen und Regeln für Lieferungen und Leistungen des Eigenbetriebs.

- b) erfolgsgefährdende Mehraufwendungen bei der Ausführung des Erfolgsplanes gemäß § 16 Abs. 3 EigAnVO (Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung).
- c) Mehrausgaben bei der Ausführung des Vermögensplanes gemäß § 17 Abs. 5 EigAnVO, soweit diese 10.000,00 EUR überschreiten.
- d) die Verfügung über sonstiges Eigenbetriebsvermögen im Wert von über 25.000,00 EUR bis zu 650.000,00 EUR.
- e) die Gewährung von Darlehen und Bürgschaften in Höhe von bis zu 70.000,00 EUR und sonstige Verträge, soweit sie wesentliche Verpflichtungen für die Stadt enthalten oder Normativverträge darstellen.
- f) Vergabeermächtigungen von 60.000,00 € bis 650.000,00 €
- g) die Feststellung von Kostenvoranschlägen von Lieferungen und Leistungen von 60.000,00 € bis 650.000,00 €, sofern die Maßnahme nicht Teil einer Vergabeermächtigung ist.
- h) ~~f)~~ die Genehmigung von Baumaßnahmen (Maßnahmenbeschluss) im Wert von über 60.000,00 EUR von bis zu 650.000,00 EUR sowie über Kostenerhöhungen von bis zu 10.000,00 EUR bei Bauvorhaben aller Art, sofern die Maßnahme nicht Teil einer Vergabeermächtigung ist.
- i) ~~g)~~ die Vergabe von Lieferungen und Leistungen im Wert von über 60.000,00 EUR im Einzelfall, sofern sie nicht Teil einer Vergabeermächtigung ist.
- ~~h)~~ die Vergabe sonstiger Lieferungen und Leistungen nach VOL oder VOF im Wert von über 60.000,00 EUR
- j) ~~i)~~ den Erlass und die Niederschlagung von Forderungen über 10.000,00 EUR im Einzelfall.
- k) ~~j)~~ Erlässe von mehr als 5.000,00 € im Einzelfall, denen keine Niederschlagung durch den Hauptausschuss vorausging.
- l) ~~k)~~ Darlehensaufnahme bis 70.000,00 EUR.
- m) ~~j)~~ den Abschluss von Bürgschafts- und sonstigen Verträgen, soweit sie wesentliche Verpflichtungen für die Stadt enthalten oder Normativverträge darstellen.
- n) ~~m)~~ den Abschluss von langfristigen Miet-, Pacht- und Nutzungsverträgen für Grundstücke und Gebäude, wenn dem Vertrag eine besondere Bedeutung zukommt.

(...)

§ 2

Diese Satzung tritt mit dem Tag der Bekanntmachung in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt treten die §§ 4 und 6 der Satzung für den Wirtschafts- und Servicebetrieb der Stadt Pirmasens (WSP) in der Fassung vom 23. November 2015 außer Kraft.

Pirmasens, den

Markus Zwick
Oberbürgermeister